

26. Jänner 2016

Pressekonferenz der ÖVP Linz

mit

Stadtparteiobmann Vbgm. Mag. Bernhard Baier

Klubobmann GR Mag. Martin Hajart

Jänner-Gemeinderat

Integration als ÖVP-Schwerpunkt im Jänner-Gemeinderat

Angesichts der aktuellen, stetig steigenden Herausforderungen im Flüchtlingsbereich setzt die ÖVP Linz einen Integrations-Schwerpunkt im Jänner-Gemeinderat am kommenden Donnerstag. *„Dazu bringt die ÖVP eine Resolution an den Bund ein. Linz soll zur Pilotstadt im Integrationsbereich werden“*; **fordert Stadtparteiobmann Vbgm. Bernhard Baier** zudem ein integrationspolitisches, auf Sprach-Erwerb und Respekt unserer gesellschaftlichen Werte abzielendes Gesamtkonzept für Linz ein, um dieser Mega-Aufgabe in den kommenden Jahren Herr werden zu können. Inhalt der

Resolution ist auch die Forderung nach per Bundesgesetz geregelten Integrationsvereinbarungen.

Zudem stellt die ÖVP zwei Dringlichkeitsanträge zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Einerseits richten wir die Forderung an den Bund, die 15a B-VG Vereinbarung zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung gemeinsam mit den Ländern zu novellieren. *„Die ÖVP Linz pocht – wie auch die Landespartei – auf eine Reform bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, etwa durch Kürzungen von Geldleistungen bei Arbeitsfähigkeit aber Unwilligkeit“*, so **Baier**. Zudem soll ein Teil der Geldleistungen durch Sachleistungen ersetzt werden und eine Deckelung bei Mehrpersonenhaushalten eingeführt werden. Insbesondere aufgrund der gegenwärtigen Flüchtlingswelle sind solche Schritte notwendig, um eine Kostenlawine für die öffentliche Hand hintan zu halten.

„Zudem wird die Linzer Sozialreferentin Hörzing aufgefordert, die Zahlen zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung auch nach dem Aufenthaltstitel, der Staatsbürgerschaft und demographischen Merkmalen aufzuschlüsseln. Wir fordern mittels eines vierteljährlichen Berichtes ein dementsprechendes Monitoring bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung ein“, legt **Baier** seine Forderungen an SPÖ-Sozialstadträtin Karin Hörzing auf den Tisch. Schließlich sei die steigende Anzahl der Flüchtlinge ein massiver Kostentreiber bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, den man speziell im Auge behalten müsse.

Bundesweiter Asyl-Gipfel: „Neue Vereinbarungen geben Integrations-Forderungen der Linzer ÖVP recht!“

Gestützt werden die ÖVP-Forderungen im Integrationsbereich durch jene Vereinbarungen von Bund, Ländern und Gemeinden, die beim Asylgipfel am 20. Jänner getroffen wurden. Darin heißt es etwa:

*Allen Gebietskörperschaften kommt eine besondere Verantwortung bei der Bewältigung der derzeitigen Herausforderung zu. Nur dadurch kann eine bestmögliche solidarische Bewältigung der derzeitigen Situation sichergestellt werden. Weiters, so heißt es in dem Übereinkommen, sollten **vermehrt Sachleistungen statt Geldleistungen in der Grundversorgung eingesetzt** werden. Zudem solle das AMS künftig den Ländern tagesaktuell jene Informationen zur Verfügung stellen, die zur Durchsetzung der bestehenden Sanktionsmöglichkeiten im Bereich der Mindestsicherung erforderlich seien.*

*Zudem bekennen sich die Länder zu einer effizienten Vollziehung der bedarfsorientierten Mindestsicherung, zur verstärkten Fokussierung auf Integrationspflichten wie etwa Sprache, gesellschaftliche Werte. **Bund, Länder, Städte und Gemeinden verständigten sich zudem darauf, die Integrationswilligkeit als entsprechendes Kriterium zu betonen. Sofern BMS-Bezieher an Integrationsmaßnahmen im Sinne von Qualifizierungsmaßnahmen nicht teilnehmen, werden die Länder von ihren zur Verfügung stehenden Sanktionsmöglichkeiten (Kürzung der Mindestsicherung) ausnahmslos Gebrauch machen. Weiters wurden verstärkte Maßnahmen gegen den missbräuchlichen Bezug von Grundversorgungs-Leistungen angekündigt: Von Asylberechtigten sei Respekt für unsere Gesellschafts- und Werteordnung, die Bereitschaft zur Mitwirkung an der Integration und Eigenverantwortung zu erwarten und auch einzufordern.***

Übersicht der ÖVP-Gemeinderats-Anträge im Migrations- und Integrationsbereich:

- **ÖVP-Resolution an den Bund – Linz soll Pilotstadt im Integrationsbereich werden – Kein Platz für Radikalisierung und Pauschalierung**

„Linz darf vor dem stetig steigenden Ausländeranteil die Augen nicht verschließen“, warnt **Klubobmann Martin Hajart**. Die vor wenigen Tagen veröffentlichten Zahlen bestätigen einmal mehr eine massive Steigerung des Anteils der Nicht-Österreicher. „Mit aktuell 41.625 Ausländern ist die Zahl der Migranten mit Hauptwohnsitz in Linz in nur einem Jahr um mehr als zehn Prozent in die Höhe geschnellt“, betont **Hajart**, wobei hier die Flüchtlinge noch gar nicht miteingerechnet sind. Die Steigerungsrate beträgt 67%, denn während Linz im Jahr 2006 13% Migranten mit Hauptwohnsitz verzeichnet hat, so sind es aktuell schon 21%. „Die Herausforderungen im Bereich der Zuwanderung sowie Probleme im Zusammenleben zwischen In- und Ausländern müssen ernst genommen und angegangen werden. Dies sollte man jedoch nicht – wie aktuelle Negativ-Beispiele zeigen – durch Radikalisierung bzw. pauschale Verurteilungen bestimmter Bevölkerungsgruppen weiter anheizen, sondern mittels einer durchdachten, zielgerichteten, fakten- und ergebnisorientierten Integrationspolitik angehen“, fordert **Hajart**.

Es muss endlich Bewegung in die Sache kommen. „Linz braucht einen Integrations-Management-Plan. Man tritt bei diesem wichtigen gesellschaftlichen Thema ständig nur auf der Stelle“, nimmt **Hajart** die verantwortlichen SPÖ-Stadtpolitiker in die Pflicht. Und er pocht neuerlich auf ein von der ÖVP Linz immer wieder eingefordertes Integrations-Monitoring. Gleichzeitig fordert er die Reform des Migrationsbeirates der Stadt und eine kritische Auseinandersetzung mit der Fördervergabe wie auch der Nutzung von städtischen Einrichtungen ein. Es müsse endlich damit aufgehört werden,

aus parteitaktischen Gründen gute Vorschläge des politischen Mitbewerbers abzulehnen. *„Verstärkte Integrationsarbeit ist zwingend notwendig, dafür müssen wir alle an einem Strang ziehen.“*

Integrationspflicht per Integrationsvereinbarung

„Es braucht eine klare Vereinbarungen zwischen Migranten/Asylwerbern und der Stadt, etwa in Form von sogenannten Integrationsvereinbarung nach deutschem Vorbild“, so **Hajart**. Konkret geht es um eine verbindliche vertragliche Vereinbarung zwischen Migranten/Asylwerbern und Kommunen: Sie verpflichten sich zu Integrationsmaßnahmen, etwa in den Bereichen Sprache, Arbeit und Bildung. Die Migranten unterschreiben damit ihre Integrationswilligkeit. *„Bei Nichteinhaltung sind Sanktionen anzudenken“,* schickt **Hajart** voraus. Dies wäre in Linz bereits jetzt, beispielsweise beim Aktivpass, denkbar.

- **ÖVP-Dringlichkeitsantrag – Detaillierte Zahlen zur Bedarfsorientierte Mindestsicherung vorlegen**

Im Jahr 2016 werden (laut Voranschlag 2016) die Ausgaben für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) abermals steigen. *„Auf satte 15 Millionen Euro“,* warnt Hajart. Zudem sei jährlich mit weiteren Steigerungen in Höhe von 3,5 bis 4 Millionen Euro zu rechnen. *„Damit hätten wir binnen sechs Jahren (2011 bis 2017) mehr als eine Verdreifachung der Kosten für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung“,*

schildert **Hajart** die angespannte Lage. Mit dem Dringlichkeitsantrag fordert die ÖVP Linz SPÖ-Stadträtin Hörzing auf, die BMS-Zahlen aufgeschlüsselt nach Aufenthaltstitel, Staatsbürgerschaft, Alter und Geschlecht vorzulegen. Die Daten sollen – so der Antrag der ÖVP – vierteljährlich aktualisiert und dem Sozialausschuss (im Sinne eines Monitorings) vorgelegt werden.

Weitere Anträge der ÖVP Linz im Gemeinderat:

- **ÖVP-Dringlichkeitsantrag – Vorlage eines Zeitplans für die Errichtung einer Donaubrücke an Stelle der bestehenden Eisenbahnbrücke**

Die ÖVP Linz fordert angesichts der angekündigten Sperre der Eisenbahnbrücke ab 27. Februar sowie den offenbar unmittelbar danach geplanten Abbrucharbeiten, sowie angekündigten Sanierungsarbeiten der umliegenden Donaubrücken, einen konkreten Zeitplan ein. Ausschreibungs-, Planungs-, Behörden und Genehmigungsverfahren sowie die erforderlichen Schritte des Brücken-Neubaus im Bereich der bestehenden Eisenbahnbrücke sollen vorgelegt werden.

- **Hochausentwicklungsplan für Linz**

In Linz wurden in den vergangenen Jahren wieder vermehrt Hochhäuser gebaut. Kontroverse Diskussionen liefern derzeit allerdings die aktuellen Projekte am „Bulgariplatz“ oder die „Bruckner-Towers“. Derzeit entstehe der Eindruck, dass die

Situierung und Entwicklung der Hochhäuser ohne städtebauliche Entwicklungsgrundlage und ohne Einbettung in den Kontext geschehe. Die Erarbeitung des Entwicklungsplans soll unter Einbeziehung von Experten (Architekten, Stadtplaner, etc.), den Bürgern (mittels Bürgerbeteiligungsprozess) und der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen stattfinden.

- **Begegnungszone Hauptplatz**

Das Beispiel der südlichen Landstraße zeigt, dass sich auch neben einer Straßenbahnlinie eine Begegnungszone in der Praxis bewährt. Dort wurde im Herbst 2013 eine Begegnungszone eingeführt, die zu mehr Rücksichtnahme und einem gleichberechtigten Miteinander der verschiedenen Verkehrsteilnehmergruppen geführt hat. Auch in der Umgebung des Hauptplatzes wurde in der Klosterstraße und im Bereich zwischen Pfarrgasse und Neutorgasse eine Begegnungszone geschaffen. Bei der Konzeptvorstellung für geplante Begegnungszonen wurde bereits vor Jahren auch für die Ostseite des Hauptplatzes die Einrichtung einer Begegnungszone angekündigt, aber bis jetzt nicht umgesetzt.

Konkret geht es um eine Entschleunigung des Autoverkehrs und ein besseres Miteinander von Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern. Die ÖVP Linz fordert daher per Gemeinderatsantrag am Hauptplatz eine Begegnungszone zu prüfen und dem zuständigen Ausschuss ein Modell zur Umsetzung vorzuschlagen.

